Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

149 (29.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 149 | **Mittwoch, den 29. Juni 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichspräsident empfing den Reichsfinanzminister zum Vortrag über die schwebenden innerpolitischen Fragen.

*

Die Besprechungen zwischen Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister, Herriot und dem französischen Finanzminister mit Macdonald und Chamberlain wurden fortgesetzt.

*

Die neue Notverordnung wird, nicht wie ursprünglich beabsichtigt war, am Dienstag, sondern erst am Mittwoch veröffentlicht.

*

Das Mitglied der deutschen Abrüstungsdelegation Dr. Fritz Norden ist an den Folgen des erlittenen Unfalles gestorben.

*

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion fordert in einer Erklärung an den Landtagspräsidenten die Neubildung der bayerischen Staatsregierung.

*

Der sächsische Landtag hat einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit 44 gegen 27 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

*

Der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz hat in Beantwortung einer nationalsozialistischen Anfrage erklärt, daß Württemberg sich den Bestimmungen, die vom Reich erlassen werden, beugen werde.

*

Im Kanal stieß ein englischer Vergnügungsdampfer mit einem englischen Unterseeboot zusammen. Der Dampfer erhielt ein großes Leck, durch das sofort Wasser in den Schiffskörper drang. Die 200 Reisenden, die sich an Bord befanden, wurden zum Teil von dem Unterseeboot, das nur leicht beschädigt wurde, und von Admiralitätsbarkassen übernommen.

Weitere Besprechungen in Lausanne

Macdonald greift ein

Lausanne, 28. Juni. Aus den Abendbesprechungen des Reichskanzlers und Herriots mit Macdonald hat sich ein Beschluß ergeben, die Delegationen im Beisein der englischen zu gemeinsamen Besprechungen zusammenzuführen. Zur Zeit sind im Hotel der englischen Delegation der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister, Herriot und der französische Finanzminister im Gespräch mit Macdonald und Chamberlain zusammengetreten, um das Ergebnis der gestrigen Aussprache in einer Erörterung zwischen drei Parteien weiter zu führen. Die Unterhaltung dauerte über 1½ Stunden. Sie wurde um 4 Uhr gleichfalls bei Macdonald fortgesetzt.

Aenderung der französischen Haltung ?

London, 28. Juni. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Lausanne meldet, die französische Regierung solle ziemlich unbefriedigende Nachrichten aus Washington über die Haltung der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage bekommen haben. Deswegen habe sie ihre seit voriger Woche eingenommene Position wieder aufgegeben. Wahrscheinlich werde die Konferenz sich Anfang nächster Woche vertagen mit der Begründung, daß die deutschen Vorschläge von einem technischen Ausschuß geprüft werden müßten.

Havas über die deutsch-französische Aussprache

Berlin, 28. Juni. Der Havasagentur wird aus Lausanne über die Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Delegation u. a. gemeldet, die dritte Zusammenkunft der französischen und der deutschen Delegation **habe nicht die Ergebnisse gebracht, die die Begegnungen von Freitag voriger Woche erwarten ließen.** Nach dem Exposé des Reichsfinanzministers Graf Schwerin-Krosigk, habe Finanzminister Germain-Martin seinerseits die Lage der französischen Wirtschaft zur Kenntnis gebracht und seine Intervention mit den Worten geschlossen: Ihr seid Schuldner und Fordernde. Was bringt Ihr uns?

Die offizielle deutsche These, so wie sie endgültig vorgebracht worden sei, enthalte für Frankreich die Annullierung seines Reparationsanspruches und eine direkte Aufforderung, den größten Teil der Kosten für den europäischen Wiederaufbau zu tragen. Allen denen, mit denen Reichskanzler v. Papen in Lausanne gesprochen habe, habe es geschienen, daß es die Lösung des Reparationsproblems im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas machen wolle. Zu diesem Zweck habe er nicht verschwiegen, daß er an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich denke, nicht nur zwischen den Industrien beider Länder, sondern vermittels eines formellen Abkommens von Staat zu Staat. Keine einzige dieser Ideen läßt sich in den gestrigen Darlegungen der deutschen Delegation wieder finden. Unter diesen Umständen habe Herriot nur seine Ueberraschung über das deutsche Versagen zum Ausdruck bringen können und sich vorbehalten, am Mittwoch vormittag darzutun, welche schwere Verantwortung Deutschland übernehmen würde, wenn es auf seiner egoistischen Intransigenz beharren sollte.

Die Sonderberichterstatter der französischen Presse bestätigen im großen und ganzen die Ausführungen der Havasagentur. Der Außenpolitiker des „Matin" schreibt: Alles in allem muß man von einem schlechten Tag, einem eindeutigen Stillstand aller Hoffnungen sprechen, die man auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich habe setzen können. „Echo de Paris" meint: Der Reichskanzler mag noch so sehr betonen, daß ihm der Gedanke einer Verständigung Frankreichs und Deutschlands für das Wohl Europas besonders am Herzen liege, Herriot sei dennoch gezwungen gewesen, festzustellen, daß die eindeutigsten Ergebnisse der Sitzung ein neues Abrücken der Politik beider Länder voneinander sei. „Journal" glaubt, daß Reichskanzler v. Papen in Berlin bestimmt worden sei, sich auf nichts einzulassen. „Petit Parisien" vertritt ebenfalls die Ansicht, daß die Einstellung der deutschen Delegation durch den Aufenthalt des Reichskanzlers in Berlin wesentlich beeinflußt worden sei. Das Blatt wirft England vor, die deutsche These nicht unwesentlich begünstigt zu haben.

„Daily Telegraph" sagt in einem Leitartikel, Deutschlands Bereitschaft, einen wesentlichen Beitrag beim Wiederaufbau Europas zu leisten, bessere die Aussichten auf schließliche Beseitigung des Hindernisses.

Der Sonderkorrespondent der „Times" in Lausanne berichtet: Einige **Tage der Spannung** wären in dieser Woche unvermeidlich. Es gilt seit langem als selbstverständlich, daß jede internationale Konferenz ihre „Krise" haben muß. Aber die erste leichte Entfremdung nach beinahe vierzehntägiger Beratung ist wohl kein ausreichender Grund für ein Versinken in den düsteren Pessimismus, der jetzt in der Umgebung gewisser Delegationen wahrnehmbar ist. Wenn auch die letzten Verhandlungen anscheinend **nicht viel Fortschritt** gebracht haben, so ist doch jetzt Deutschlands Bereitwilligkeit zu konstruktiven Beiträgen zwar in allgemeinen Wendungen doch formell zum Ausdruck gebracht worden mit dem einzigen Vorbehalt, daß diese Beiträge nicht den Merkzettel politischer Tribut tragen dürfen. Einer der wichtigsten Punkte der deutschen Erklärung ist das Angebot einer **Beteiligung an der Wiederaufbau-Sammelkasse.**

*

Amerikas Standpunkt zum Reparationsproblem

Washington, 28 Juni. Im Staatsdepartement und im Weißen Haus herrscht starkes Befremden über die seit Beginn der Lausanner Verhandlungen immer häufiger werdenden täglichen Falschmeldungen aus gewissen europäischen Hauptstädten, die auf dem Umweg über Paris oder London angeblich authentische Aeußerungen der amerikanischen Regierung zur Schuldenfrage kolportieren und damit Verwirrung, Mißtrauen und Verlegenheit verursachen und einer versöhnlichen Erledigung des so großen Problems schweren Schaden zufügen. **Die amerikanische Regierung hat die feste Absicht, sich in die Lausanner Verhandlungen nicht einzumischen. Amerika hat von Anfang an die Forderung von Reparationen für verkehrt gehalten und sich deshalb geweigert, Reparationen von Deutschland zu verlangen. Amerika lehnt auch fernerhin den Versuch Europas ab, die Herabsetzung der alliierten Schulden zu verknüpfen.** Man steht hier vielmehr auf dem Standpunkt, daß erstens jede Nation Opfer bringen müsse und zweitens, die Erledigung der Reparationsfrage eine reine europäische Angelegenheit sei.

*

Mehr als 11 Milliarden Zahlungen seit 1924

Berlin, 28. Juni. Der neue Reichshaushalt bringt einen Ueberblick über die gesamten **Entschädigungsleistungen** in den Rechnungsjahren 1924 bis 1932. Auf Grund des Dawes-Plans sind vom 1. September 1924 bis 31. August 1929 7964,3 Millionen Mark gezahlt worden, davon 800 Millionen für die Dawes-Anleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahnschuldverschreibungen, 975 Millionen Industrie-Schuldverschreibungen, 1,1 Milliarden Beförderungssteuer. Auf Grund des Youngplans sind dann vom 1. September 1929 bis 30. Juni 1931 2855 Millionen Mark gezahlt worden, davon 1645 Millionen aus dem Reichshaushalt und 1210 Millionen von der Reichsbahn. Nach dem Hoover-Plan sind in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 71,5 Millionen Mark gezahlt worden. Zu dieser Ziffer kommt der Dienst für die Anleihe von 1924 in Höhe von 310 Millionen, die Leistungen auf Grund des deutsch-belgischen Markabkommens in Höhe von 60 Millionen Mark, ein Beitrag zu den Besatzungskosten von 30 Millionen und ein weiterer Beitrag zu den Kosten der Fremden-Ausschüsse, insgesamt **11 399,8 Millionen Mark.**

*

Gibson wieder in Lausanne. — Die völlig verfahrene Lage der Abrüstungskonferenz.

T.U. **Lausanne,** 28. Juni. Der amerikanische Botschafter Gibson der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinigten Staaten traf Dienstag nachmittag unerwartet im Hotel Beau Rivage, im Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hatte dort eine längere Unterredung mit Macdonald, in der die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplans und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist. Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge, während in leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz die Absicht besteht, die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der amerikanischen Vorschläge stattfindet. Da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz fast vollständig ruhen, zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Konferenz nicht beteiligten Mächte eine wachsende Mißstimmung über die fortgesetzte, jetzt schon fünf Monate andauernde Verschleppung der Abrüstungsentscheidungen. Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bewerkstelligt werden kann. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz soll nach den bisherigen Plänen in der nächsten Woche zusammentreten. Anschließend soll dann der Hauptausschuß wieder seine Arbeiten aufnehmen, die bis Mitte Juli durchgeführt werden sollen. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten bisher noch nicht überwunden werden, sodaß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

*

Die deutsch-französischen Besprechungen für Mittwoch abgesagt. — Lausanne am Donnerstag zu Ende?

T.U. **Lausanne,** 28. Juni. Die ursprünglich für Mittwoch einberufene deutsch-französische Besprechung ist — anscheinend aufgrund des völlig negativen Ergebnisses der Besprechungen am Dienstag — abgesagt worden. In der Sitzung der einladenden sechs Mächte am Mittwoch wird der Präsident der Konferenz, Macdonald, lediglich einen allgemeinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Konferenz erstatten.

Nach Mitteilungen von französischer Seite, die allerdings mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, ist in den Dienstag-Besprechungen die Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen festgestellt worden. Man wäre übereingekommen, einen Ausschuß aus den Vertretern der sechs einladenden Mächte zu bilden, um auf diese Weise die Konferenz in Permanenz zu erklären. Tatsächlich würde jedoch die Konferenz in den allernächsten Tagen zum Abschluß kommen, voraussichtlich bereits am Donnerstag.

Am Mittwoch doch noch private deutsch-französische Besprechungen.

T.U. **Lausanne,** 28. Juni. Trotz der Absage der offiziellen deutsch-französischen Delegationsbesprechungen, werden am Mittwoch vormittag doch noch persönliche Besprechungen zwischen dem Reichskanzler von Papen und Herriot, sowie zwischen dem deutschen und französischen Finanzminister stattfinden. Was bei diesen Besprechungen behandelt wird, steht noch nicht fest.

*

Widerspruchsvolle Lage in Lausanne. — England ist weiter optimistisch.

T.U. **Lausanne,** 28. Juni. In leitenden englischen Kreisen wird in schroffem Gegensatz zu der geradezu panikartigen Stimmung, die von französischer Seite Dienstag verbreitet wird, die Lage der Konferenz als keineswegs hoffnungslos bezeichnet. Die Verhandlungen seien Dienstag durchaus freundschaftlich verlaufen. Die Verhandlungen gehen weiter und werden voraussichtlich bis Mitte nächster Woche hinein dauern. Zwar wären die Gegensätze noch außerordentlich groß, es bestehe jedoch nach den Dienstagverhandlungen durchaus der Eindruck, daß man gegenüber der Lage in den letzten Tagen etwas weiter gekommen sei. Man werde jetzt wiederum die offizielle Konferenzmaschine in Gang bringen und einen Unterausschuß einsetzen, um im engen Rahmen eine Ueberbrückung der Gegensätze zu finden. Für die Erklärungen von französischer Seite, daß der Abbruch der Konferenz nunmehr unvermeidlich geworden sei, habe man auf englischer Seite wenig Verständnis und ist wieder optimistisch gestimmt. Man scheint somit auf englischer Seite die französische Stimmungsmache taktisch zu bewerten.

Vom deutschen Standpunkt aus kann jedenfalls festgestellt werden, daß von französischer Seite Dienstag abend ein Versuch unternommen worden ist, um durch großzügige internationale Propaganda die Schuld für einen eventuellen Zusammenbruch der Konferenz auf Deutschland abzuwälzen. Demgegenüber besteht durchaus in internationalen Kreisen der Eindruck, daß die völlig unnachgiebige u. verständnislose Haltung der französischen Regierung in der Tributfrage von den übrigen Mächten keineswegs geteilt wird und in erster Linie Frankreich hierfür die Verantwortung zu tragen habe, falls die Konferenz ergebnislos auseinandergehen müßte.

*

Die Lage in Lausanne am Dienstag abend. — Aeußerster Pessimismus.

T.U. **Lausanne,** 28. Juni. In maßgebenden französischen Kreisen erklärt man am Dienstag abend, daß in den Besprechungen der drei Mächte die Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen festgestellt worden sei. Ueber die Formalitäten der Weiterführung der Konferenz sollen die Verhandlungen noch bis Donnerstag geführt werden. Auf englischer Seite verlangt man, daß formal ein Weiterbestehen der Konferenz erklärt wird, um eine neue Moratoriumserklärung der Großmächte für die deutschen Tributzahlungen zu vermeiden. Man behauptet auf französischer Seite, der Reichskanzler habe erklärt, keine andere Haltung als seine bisherige einnehmen zu können. Auf deutscher Seite werden keine Erklärungen über den gegenwärtigen Stand der Konferenz abgegeben. Jedoch wird festgestellt, daß eine Ueberbrückung der großen Gegensätze und eine Annäherung zwischen der deutschen und französischen Auffassung bisher in keiner Weise erfolgt sei. Der Präsident könne in der morgigen Sechsmächtebesprechung lediglich das Fazit der Verhandlungen ziehen. In Konferenzkreisen herrschte am Dienstag abend eine ungewöhnlich ernste und gespannte Stimmung. Fest steht, daß die Dreimächtebesprechung am Dienstag zu folgender Feststellung geführt hat: Auf der einen Seite steht die französische Forderung auf eine Restzahlung Deutschlands, auf der anderen Seite die eindeutige Forderung Deutschlands auf völlige Streichung der Tribute. Jedoch haben auch die wirtschaftlichen Fragen in diesen Aussprachen eine große Rolle gespielt. Von französischer Seite sind weder Vorschläge gemacht, noch ein fester Plan vorgelegt worden. Gerüchte, nach denen der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister am Donnerstag nach Berlin zurückkehren, werden auf deutscher Seite nicht bestätigt. Herriot beabsichtigt, am Donnerstag nach Paris zurückzukehren, um an einer Kabinettssitzung teilzunehmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Wollen des Stahlhelms für Staat und Volk

Franz Seldtes Rundfunkrede.

T.U. **Berlin,** 28. Juni. Am Dienstag abend sprach im Programm der Berliner Funkstunde der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Franz Seldte über den Stahlhelm und sein Wollen für Staat und Volk. Der Vortrag wurde von fast allen deutschen Sendegesellschaften übernommen. Einleitend betonte Seldte, daß er sich bewußt den 28. Juni ausgesucht habe, weil an diesem Tage der Tributvertrag von Versailles unterzeichnet wurde, der die Wurzel nicht nur des Unglücks von Deutschland, sondern der Krisis der ganzen Erde bedeutet. Er führt dann u. a. folgendes aus: Der Stahlhelm hat von der ersten Stunde an diesen unmoralischen Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, solange er besteht; denn der Stahlhelm selbst ist der lebendige Protest gegen diese künstliche strangulierende Tributfessel. Die, die 1918 nach ihrem Umsturz Friede, Freiheit und Brot versprachen, haben dieses nicht schaffen können. Elend mit entsetzlichen Verlusten innen und außen ist ihr System zusammengebrochen. Trotzdem man uns bedrängte, beiseite schob oder verbot, wir haben nicht nachgegeben. So wie das Kriegserlebnis aus dem deutschen Soldaten den Frontsoldaten schuf, so formte das schwere Nachkriegserlebnis den ehemaligen Frontsoldaten um zum bewußten Staatsbürger. Wer Freiheit für das Vaterland erkämpfen will, muß selbst frei sein. Darum mußte der Bund frei sein von allen anderen Einflüssen und Mächten. Das Lebensrecht der Nation und der Kampf um die innere und äußere Freiheit Deutschlands bleibt der Kern des Stahlhelmprogramms. Wir kämpfen für Deutschlands Freiheit und wir ringen um unser Recht im Rate der anderen Nationen. Wir wollen nicht angreifen, wir wollen nur sichern, was uns gehört. Und wir müssen wieder haben, was man uns frevelhaft genommen. Wir wollen keinen neuen Krieg, gerade weil wir Frontsoldaten ihn in seinem Grauen bis zum letzten kennen. Doch zwingt man uns zur Verteidigung des Vaterlandes, dann steht der Stahlhelmmann selbstverständlich jederzeit bereit. Stark können wir nur sein, wenn die Wurzeln unseres Seins und Wesens im Heimatboden liegen. Deshalb stellen wir voran das Wiedererringen der deutsch. Hoheitsrechte auf allen Gebieten innen und außen. Wir lehnen die Kriegsschuldthese und die unmoralischen Kriegstributlasten als freie Männer ab. Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit und fordern als erstes die Arbeitsdienstpflicht als den ersten Grad der Hilfe. Wir fordern ein gesundes starkes Volk und darum Stählung der Geister und der Körper im Wehrsport. Wir wollen dem deutschen Menschen helfen, wie unseren Kameraden durch die Stahlhelmselbsthilfe. In dem Staat aber sehen wir nicht ein Wohlfahrtsinstitut, wie er jahrzehnte lang als Halbideal in den Köpfen spukte, sondern das überpersönliche Gemeinschaftsgut der Nation an dem jeder Deutsche voll verantwortlich mitzuarbeiten und aufzubauen hat. Aus diesen Begriffen heraus könnte der Stahlhelm sich niemals einer Partei verschreiben und wird es auch in Zukunft nicht können. Er arbeitet aber gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben. Laut und vernehmlich werden wir diesem Programm wieder Ausdruck geben, wenn wir in diesem Jahre zu unserem Reichsfrontsoldatentage am 3. und 4. September in Deutschlands Hauptstadt in Berlin aufmarschieren.

Reichshaushaltsplan für 1932 genehmigt

T.U. **Berlin,** 28. Juni. Der Reichsrat genehmigte in seiner heutigen Vollsitzung den Reichshaushaltsplan für 1932. Generalberichterstatter Ministerialdirektor Dr. Brecht wies darauf hin, daß der Fehlbetrag aller Vorlagen jetzt mit insgesamt 1.690 Millionen ausgewiesen werde. Die fundierte Reichsschuld habe am 31. März 1932 10,4 Milliarden betragen. Hinzu kämen 1,7 Milliarden schwebende Schuld. Weitere große Schulden in Milliardenhöhe habe das Reich an die Länder. Der Generalberichterstatter schloß dann namens des Reichsrats eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot an, in der er u. a. erklärte, die Verarmung Deutschlands ginge noch erheblich über die unmittelbaren finanziellen Wirkungen hinaus, weil sie andere Werte mitgerissen haben. Alle großen Objekte, die keinen internationalen Marktwert hätten, namentlich Grundstücke, seien infolge der Verarmung und Kapitalnot entwertet. Ein beträchtlicher Teil der Zinslasten kehre außerdem in Form gesteigerter Wohlfahrtslasten wieder. Deutschland habe tatsächlich seinen ausländischen Gläubigern 6 bis 8 Mal so viel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Die neue Notverordnung

T.U. **Berlin,** 29. Juni. Die heute (Mittwoch) erscheinende Notverordnung trägt, nach einer Meldung Berliner Blätter, den Titel: „Zweite Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen". Außer den bekannten Bestimmungen für Umzüge und Versammlungen und für das Uniformtragen, wonach nur bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nur für besondere abgegrenzte Ortsteile und nur in besonderen Einzelfällen solche Verbote ausgesprochen werden können — Bestimmungen, durch die alle Allgemeinverbote des Uniformtragens und von Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel außer Kraft gesetzt und künftig unmöglich gemacht werden — ist vorgesehen, daß nur der Reichsinnenminister für größere Teile des Reichs oder des ganzen Reichs entsprechende Verbote verhängen kann. Plakate, Flugschriften und Flugblätter dürfen nur beschlagnahmt werden, wenn in ihnen zu Gewalttaten angereizt wird. Zuständig ist die Ortspolizei. Beschlagnahmungen für ein ganzes Landesgebiet sind unmöglich. Die neue Ausführungsverordnung des Reichsinnenministers sieht u. a. vor: Für Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel wird eine Anmeldefrist von 28 Stunden eingeführt. Im Einzelfall kann die Ortspolizeibehörde bei unmittelbarer Gefahr solche Veranstaltungen verbieten oder Auflagen für sie verfügen.

Der zweite Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung

Berlin, 28. Juni. Die Reichsregierung hat zur Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleinsiedlung wird im einzelnen u. a. folgendes mitgeteilt:

1. Verteilung der neuen Mittel.

Auf Grund der inzwischen von den Ländern angeforderten Verteilungsvorschriften werden die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände bis zum 10. Juli einen Vorbescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten.

2. Die Richtlinien und Verfahrensvorschriften.

Die Richtlinien und Verfahrenvorschriften für den zweiten Bauabschnitt sind unter möglichster Ausnützung der bei der bisherigen Arbeit gewonnenen Erfahrung und unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der als Träger der praktischen Arbeit in Frage kommenden Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen aufgestellt worden. Dem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch auf Erhöhung des Baukostenhöchstbetrages von 3000 RM. konnte nicht entsprochen werden.

Besondere Vorteile sind für kinderreiche Siedler vorgesehen.

Bei einer entsprechenden Beschleunigung der Arbeit wird es möglich sein, **auch den zweiten Bauabschnitt noch in diesem Jahre zur Durchführung zu bringen und damit die Vorteile des Siedlungswerkes weiteren 8000 Kleinsiedlern und 30 000 Kleingärtnern zugute kommen zu lassen.** Zur Beschleunigung des Verfahrens werden alle Interessenten dringend gebeten, sich mit ihren Wünschen und Anträgen nur an die Gemeindebehörde ihres Wohnortes zu wenden.

Gauführertagung der NSDAP. in München

München, 28. Juni. Unter dem Vorsitz von Dr. Göbbels begann die Gauführertagung der NSDAP. mit einer dem Reichstagswahlkampf gewidmeten Propagandabesprechung. Dr. Göbbels wandte sich gegen den Vorwurf der SPD., die der nationalsozialistischen Partei zu Unrecht eine Tolerierungspolitik vorwerfe, die sie selbst zwei Jahre lang gegenüber dem Kabinett Brüning getrieben habe. Die Notverordnungspolitik der Regierung lehne die NSDAP. mit aller Entschiedenheit ab. Die Auflösung des Reichstages und die Aufhebung des SA.-Verbotes seien die Wiederherstellung des normalen Zustandes, die Maßnahmen des Reichsinnenministers seien vielfach zu spät gekommen. Schließlich betonte Göbbels, daß alle Propagandavorbereitungen der NSDAP. getroffen seien und der Propagandaapparat der Partei fix und fertig zum Einsatz in einen Wahlkampf stehe, wie ihn Deutschland an Wucht und propagandistischer Durchschlagskraft noch nicht gesehen habe

Schlußsitzung der Gauleitertagung der N.S.D.A.P. — Adolf Hitlers Parole: Für Deutschlands Kraft und Stärke und des deutschen Volkes Einheit.

T.U. **München,** 28. Juni. Im Mittelpunkt der Schlußsitzung der Gauleitertagung der N.S.D.A.P., die sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser mit organisatorischen Fragen befaßte, standen die Ausführungen Hitlers zur innerpolitischen Lage. Insbesondere ging er dabei auf die Auseinandersetzungen des Reiches mit einigen Länderregierungen vor allem mit Bayern ein. Der nationalsozialistische Bewegung sei durch die Auflehnung der geschäftsführenden Länderregierungen gegen das Reich und die offene Kriegserklärung einflußreicher Mitglieder der Bayerischen Volkspartei an das Reich die verantwortungvolle Aufgabe zugewachsen, Wahrer der Reichseinheit zu sein. Die N.S.D.A.P. nehme den Kampf auf für die unzertrennbare Einheit des deutschen Reiches. Sie werde die Einheit, das höchste Gut des deutschen Volkes mit aller Energie und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Insbesondere werde die N.S.D.A.P. in Bayern der Eckpfeiler sein, an dem sich die Feinde des Reiches die Köpfe einstoßen würden. Die treibenden Kräfte dieser „ruchlosen Bestrebungen seien nicht mit dem bayerischen Volke zu verwechseln, ebenso wenig wie man die rheinischen Separatisten mit Preußen verwechseln konnte. Es handele sich hier nur um gewisse, der Bayerischen Volkspartei angehörende Cliquen, die ihre Stunde gekommen glaubten und die sich erdreisteten, der Welt einzureden, daß sie Bayern repräsentierten. Wenn diese Feinde der Reichseinheit südlich der Donau so weiter arbeiteten, dann werde die nationalsozialistische Freiheitsbewegung beginnen, nördlich der Donau die Geister ebenso mobil zu machen. Dann würden die Herrschaften vielleicht sehen, wo der Main richtig laufe. Vielleicht sei dann endlich die Möglichkeit gegeben, vor einem unpolitischen Gericht die Hintergründe des Jahres 1923 aufzudecken und die Wahrheit darüber zu ergründen, warum sich die Nationalsozialisten im Jahre 1923 zu ihrem Vorgehen in Bayern entschlossen haben. Damals seien die Beweggründe dieselben gewesen, die heute die Nationalsozialisten zur Wahrung der Reichseinheit auf den Plan rufen. Ihre Parole sei: Für Deutschlands Kraft und Stärke und für des deutschen Reiches Einheit. Die nationalsozialistische Bewegung gehe mit ihrer ganzen Energie in diesen großen Wahlkampf hinein, an dessen Ende auch das Ende aller Verderber des Volkes und des Reiches stehen werden.

*

N.S.D.A.P.-Pressestelle zur beantragten Einberufung des Ueberwachungsausschusses.

T.U. **München,** 28. Juni. Gegenüber den Meldungen gewisser Presseorgane, der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, Gregor Strasser, M. d. R., weigere sich der von anderen Parteien geforderten Einberufung des Ueberwachungsausschusses nachzukommen, wird von der Pressestelle der N.S.D.A.P. folgendes festgestellt:

Aus einem Schreiben, das der Abgeordnete Strasser am 28. Juni an den Reichstagspräsidenten Loebe gerichtet hat, geht hervor, daß Strasser dem am 14. Juni datierten Einberufungsantrag der Kommunisten deshalb nicht stattgegeben hat, weil dieser Antrag von vornherein keine Mehrheit finden konnte. Als Strasser am 23. Juni den sozialdemokratischen Einberufungsantrag und am 24. Juni den Antrag der Staatspartei erhielt, konnte ebenfalls noch nicht mit einer Mehrheit für den Antrag gerechnet werden. Dies war erst der Fall, als am 25. Juni der Antrag der Zentrumsfraktion einging. Der Abgeordnete Strasser hat daraufhin sofort an alle Mitglieder des Ausschusses ein Rundschreiben mit dem Ersuchen um Stellungnahme gerichtet und er hat sich weiter sofort mit dem Präsidenten des Reichstages über den Einberufungstermin, die Tagesordnung in Verbindung gesetzt. Mit dieser Tatsachenfeststellung fällt, so erklärt schließlich die Pressestelle, die gegen den Abgeordneten Strasser entfesselte Pressekampagne zusammen.

Der amerikanische Präsidentschaftskampf

In Chikago wurde am 27. Juni der Kongreß der Demokratischen Partei zur Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten eröffnet. Senator Barkley von Kentucky befürwortete eine Zollreform, eine Bankenreform, die Farmerhilfe, und sprach sich für die fünftägige Arbeitswoche aus. Der demokratische Wahlprogramm-Entwurf enthält die Forderung auf Beitritt zum Haager Schiedsgericht und die Aufrechterhaltung der Monroe-Lehre (Amerika den Amerikanern). Es sollte auch die **Streichung der Kriegsschulden** aufgenommen werden, doch sprachen sich dafür nur die Vertreter der Oststaaten aus, während die andern die Befürchtung äußerten, der demokratische Kandidat werde sicher unterliegen, wenn er für Schuldenstreichung eintrete. Darauf wurde die **Schuldenstreichung aus dem Programm entfernt.**

Kandidaten für die Präsidentschaftskandidatur sind: Roosevelt, Al Smith, der Sprecher des Repräsentantenhauses Garner, Newton D. Baker, Gouverneur Ritchie von Maryland, Senator Reed von Missouri. Als „Favorit" gilt Roosevelt. Als Anwärter auf die Vizepräsidentschaft werden genannt Senator Wheeler von Montana und Bankier Trailer von Chikago.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[45

Als er damals in Cherbourg erfahren hatte, daß man Ellinor aufgefunden und auf einem Schiff nach England gebracht hatte, war er sofort nach Shoreham gefahren. Im Krankenhaus hatte man ihn abgewiesen, niemand durfte die Kranke sehen. Dann war er zur Polizei gegangen, vernommen worden. Er habe keine Aussage zu machen gegen Ellinor Grey, sagte er. Sie habe ihn nicht betrogen, und er bereue nicht, sie in sein Haus und an sein Herz genommen zu haben. Er habe nur Freude erlebt an dem angenommenen Bruder, und er würde ohne Bedingung bereit sein, Ellinor Grey sofort wieder bei sich aufzunehmen.

Es war ihm untersagt worden, vor der Gerichtsverhandlung wieder mit Ellinor Grey zusammenzutreffen, unter Androhung schärfster Strafen. Es würde der Gefangenen nur schaden, wenn er versuchen würde, sie zu sehen, wurde ihm bedeutet, und es wurde ihm anempfohlen, so schnell wie möglich nach Amerika zurückzukehren.

Zum ersten Male, daß sein Name versagte und daß ihn seine Verbindungen nichts nutzten.

George Frank kehrte heim, ein gebrochener Mann. In Neuyork hatte Ellinors Angelegenheit natürlich großen Staub aufgewirbelt, und George Frank mußte mit zusammengebissenen Zähnen alles über sich ergehen lassen, bis er endlich so weit war, keinen Menschen mehr zu sehen. Mit niemanden kam er zusammen als mit Hugh Bruce. Mit ihm besprach er alles, mit ihm ventilierte er die Fragen über Ellinors Schuld oder Unschuld jeden Tag aufs neue.

Bruce selbst hatte Ellinor lieb gewonnen, solange sie als John Frank in Neuyork gelebt hatte. Aber er als Jurist mußte sich sagen, daß eine Frau, die als Hochstaplerin und Betrügerin jahrelang unter den Menschen leben konnte, ohne sich zu verraten, natürlich ebensogut eine noch größere Verbrecherin sein konnte. Er wußte, daß Ellinors Sache nicht gut stand und daß es besser war, George Frank auf das Schlimmste vorzubereiten.

George würde zum Prozeß nach London hinüberfahren, daran konnte man ihn nicht hindern. Aber er würde nicht als Zeuge auftreten gegen Ellinor, das hatte er brüsk abgelehnt. Er hatte nichts zu tun mit dem Mord, und das andere, da hatte kein Gericht der Welt etwas dreinzureden.

Wenn er Ellinor nur hätte helfen, wenn er sie hätte besuchen können! Aber auch Hugh Bruces Einfluß war es nicht gelungen, diesen Vorzug für George zu erreichen. Starr hielt man in London an den Buchstaben des Gesetzes fest; niemand durfte zu der Gefangenen, der ihr hätte helfen können, die Tatsachen zu verdunkeln oder der ihr eine Flucht hätte erleichtern können. George mußte Ellinor ihrem Schicksal überlassen, mußte zusehen, wie die geliebte Frau allein kämpfen mußte, ihre Unschuld, ihre Ehre zu beweisen.

Die Verhandlung begann. Der Gerichtshof war erschienen. Den Vorsitz der Verhandlung führte Lord Edward Grailing.

Es wurde ganz still, als die Angeklagte im Saal erschien; es schien, als ob den Menschen ringsum der Atem stockte, als die blasse, abgehärmte Frau zur Anklagebank hinüberging.

Man mußte Mitleid haben, wenn man dieses schmale, verkrampfte Gesicht sah, aus dem glänzende Augen übergroß herausleuchteten. Das Haar, inzwischen wieder gewachsen, umgab in natürlichem Gelock den Kopf. Hochaufgeschossen wirkte die schlanke Gestalt in dem schwarzen, bis an den Hals zugeknöpften Kleid. Ueber der ganzen Erscheinung der Frau lag ein herber, eindringlicher Ernst, der durch die leidvollen Gesichtszüge noch vertieft wurde.

Nicht nur die Frauen im Saal, auch die Männer erschauerten in Mitgefühl mit dieser Frau, die zart aussah und unschuldig und der man ein scheußliches Verbrechen nicht zutrauen konnte.

Man konnte eine Nadel zur Erde fallen hören, als jetzt der Vorsitzende sein Verhör begann.

In dem Moment, als Lord Grailing die Frage an Ellinor Grey richtete, ob sie sich schuldig bekenne, richtete sie sich auf, sah den Vorsitzenden an. Wie erkennend fuhr sie sich mit der Hand über die Stirn. Dann sagte sie leise und fest:

„Ich bin unschuldig."

Wie ein Schrei waren diese leisen Worten in die Zuhörer gedrungen, hatten sie aufgerüttelt zu innerster Anteilnahme. Atemlos fast lauschte alles auf das, was sich vor den Schranken des Gerichts abspielen würde.

Kurz und sachlich wurde der Bericht verlesen: Ueber die Tat selbst und über das, was später mit Ellinor Grey vor sich gegangen war. Bis zu jener Stunde, da sie als Schiffsbrüchige wieder auf englischem Boden gelandet war.

„Angeklagte, Sie haben alles gehört. Was haben Sie darauf zu erwidern?"

„Ich bin vom Schicksal in dieses Leben gepreßt worden. Ich hatte mich zuerst dagegen gewehrt, es hatte nichts genutzt, es blieb mir nichts anderes übrig. Der Selbsterhaltungstrieb, die Verzweiflung waren es, die mich so handeln ließen."

„Sie mußten aber wissen, daß es ein Verbrechen war, das Sie begingen, daß Sie sich schuldig machten."

„Ja! Vor meinem Gewissen war ich auch schuldig; aber nur vor meinem Gewissen. Sonst habe ich nichts getan, als mein Frauentum verleugnet."

„Aber Sie haben doch einen Mord begangen?"

„Ich habe es nicht getan! Ich schwöre es vor Gott und vor den Menschen. Ich habe es immer wieder versichert — und man hat mir nicht geglaubt. Ich kann nie etwas anderes antworten, als daß ich unschuldig bin.

Wie sollte ich auch Lady Wilson ermordet haben, meine gütige Herrin, die mir nur Gutes erwiesen hatte, die mütterlich zu mir war und liebevoll. Warum sollte ich sie ermordet haben?

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg